

## Religion und Populismus

### Zur Kritik unterkomplexer Populismuskritik in Theologie und Kirche

☞ Die Kirchen in Deutschland positionieren sich klar gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus, namentlich gegen die AfD. So berechtigt die Einsprüche grundsätzlich sind, ist es jedoch ratsam, die Art und Weise, in der Kritik am Populismus geübt wird, sorgfältig zu prüfen. Wie es nämlich eine allzu pauschale Verwendung des Populismusbegriffs gibt, so auch einen unterkomplexen Antipopulismus, der seinerseits populistische Züge tragen kann. Gefordert ist nicht nur eine neue politisch-ethische, sondern letztlich auch eine neue theologische Streitkultur über den Kern und Grund des christlichen Glaubens.

🔗 Rechtspopulismus, Populismuskritik, Mehrheitsrechte, Minderheitenrechte, Identität, Ressentiment

👤 **Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Ulrich H. J. Körtner** ist Ordinarius für Reformierte Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte liegt auf dem Gebiet der theologischen Ethik, insbesondere der Sozialethik sowie der Medizin- und Bioethik.

Die Kirchen in Deutschland haben sich dem Kampf „gegen Rechts“ verschrieben. Konkret argumentieren sie, weshalb die Überzeugungen der rechtspopulistischen und in Teilen rechtsextremen AfD mit den Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens und seines Menschenbildes im Widerspruch stehen. Entsprechende Einlassungen kommen nicht nur von kirchenleitenden Einzelpersonen, sondern auch von Gremien wie der Deutschen Bischofskonferenz und evangelischen Landessynoden. Im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg wurde von kirchlicher Seite eindringlich vor der Wahl der AfD gewarnt. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz änderte im Juni 2024 das Ältestenwahlgesetz und schuf damit die rechtlichen Voraussetzungen für den Ausschluss von AfD-Politikern aus kirchlichen Ämtern. Ein Pfarrer, der bei der Kommunalwahl in Quedlinburg als parteiloser Kandidat für die AfD antrat, wurde vom Dienst suspendiert. Außerdem wurde gegen ihn von der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Präsident der Diakonie Deutschland erklärte im April 2024 in einem Interview, wer sich für die AfD einsetze, sei als



Mitarbeiter in der Diakonie nicht mehr tragbar. Auch das Verhältnis der katholischen Kirche zur AfD war seit ihrer Gründung distanziert. Seitdem sich die Partei zunehmend radikalisiert hat, ist die Kirche noch stärker auf Distanz gegangen. Bereits im Februar 2024 hat die Deutsche Bischofskonferenz erklärt, für Christen sei die AfD nicht wählbar.

Umgekehrt geht aber auch die AfD auf Distanz zu den Kirchen. Zwar gibt es in der Partei eine überkonfessionelle Vereinigung mit dem Namen „Christen in der AfD“, deren Mitgliederzahl allerdings gering sein soll. Auch erklärt die Partei, das Christentum sei eine prägende Kraft der deutschen Leitkultur. Gleichzeitig wird aber den Kirchen vorgeworfen, sich mit ihrer Agenda in Sachen Migration und Asyl, Klimaschutz und Genderfragen zunehmend von den Kirchenmitgliedern zu entfremden. Die AfD beansprucht auch gegenüber den Kirchen und ihren Eliten für „das Volk“, in diesem Fall für das Kirchenvolk, an der Basis zu sprechen und hat für den religionsdemographischen Wandel eine recht schlicht anmutende Erklärung, die den Rückgang der Mitgliederzahlen mit dem politischen Agieren der Kirchen und ihrer Repräsentanten begründet.

In ihrer Abgrenzung von der AfD spitzt sich die Auseinandersetzung der Kirchen mit dem Phänomen des Rechtspopulismus zu, der längst ein gesamteuropäisches Phänomen ist, aber auch in Ländern wie den USA oder Brasilien eine politische Kraft ist. Dabei treten die Kirchen außerhalb Deutschlands keineswegs immer so entschieden gegen den Rechtspopulismus auf. In Österreich, wo die zunehmend rechtsextreme FPÖ eine Vorreiterrolle für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien spielt, gibt es zwar von den Kirchen deutliche Kritik an fremden- und migrationsfeindlichen Aussagen, an jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von Rassismus, Islamfeindlichkeit und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Öffentliche Kritik wird auch geäußert, wenn es zur Vereinnahmung religiöser Symbole seitens der FPÖ kommt, so etwa, als der damalige Parteiboss Heinz-Christian Strache auf einer Wahlkundgebung vor dem Stephansdom ein Kreuz in der Hand hielt und gegen den Islam in Österreich polemisierte. Kritische Stimmen meldeten sich auch aus dem kirchlichen Raum zu Wort, als die FPÖ in Anspielung auf das Vaterunser plakatierte: „Euer Wille geschehe“. Jedoch betonen die Kirchen weiterhin ihre Äquidistanz zu allen Parteien, also auch gegenüber der FPÖ. Unvereinbarkeitsklauseln wie in Deutschland kennt man bislang in den österreichischen Kirchen nicht.

Noch weniger ausgeprägt ist die Abgrenzung der Kirchen gegen über dem Nationalismus und Rechtspopulismus Viktor Orbáns und seiner Fidesz-Partei in Ungarn. Der Ministerpräsident und seine Politik finden Rückhalt in weiten Teilen der Kirchen. Der reformierte Bischof Zoltan Balag war mehrere Jahre Minister in der Regierung Orbán. Er trat zwar von seinem Amt als leitender Bischof der Reformierten Kirche Ungarns zurück, nachdem seine Verstrickung in die Begnadigung eines wegen Beihilfe zu Sexualstraftaten an Minderjährigen Ver-

urteilen publik wurde, ist aber weiterhin Bischof der reformierten Diözese Dunamellék. Zwar gibt es kritische Stimmen nicht nur in der lutherischen, sondern auch in der reformierten Kirche gegen den offiziellen Kurs der Kirchenleitungen. Dass die Kirchen aber nicht offen gegen Orbán und seine Politik Stellung beziehen, liegt offenbar nicht nur an ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Staat – es gibt in Ungarn keine Kirchensteuern, aber staatliche Zuwendungen –, sondern auch daran, dass Kirchenmitglieder und Verantwortliche mit dem Amalgam von Christentum und Nationalismus sympathisieren.

Auf diese gesamteuropäische Gemengelage hinzuweisen, bedeutet nicht, die Berechtigung der Einsprüche deutscher Kirchen gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Frage zu stellen. Gleichwohl ist es ratsam, die Art und Weise, in der Kritik am Populismus geübt wird, sorgfältig zu prüfen. Wie es nämlich eine allzu pauschale Verwendung des Populismusbegriffs gibt, so auch einen unterkomplexen Antipopulismus, der seinerseits populistische Züge tragen kann.

Anstelle von reflexhaftem Antipopulismus gibt es die Forderung nach fundierter Populismuskritik. Die beiden katholischen Religionspädagogen Jan-Hendrik Herbst und Andreas Menne sehen darin richtigerweise auch eine Aufgabe religiöser Bildung.<sup>1</sup> Eine fundierte Populismuskritik untersucht sorgfältig die Gründe, die populistische Parteien und Parolen für Teile der Bevölkerung und der Wählerschaft so attraktiv machen, auch wenn sie die differenzierte Kritik von den Lösungen distanziert, die populistische Parteien für Probleme wie irreguläre Migration, soziale Ungleichheiten, Missstände im Bildungs- und Gesundheitswesen oder das Gefühl einer mangelnden Beheimatung im eigenen Land machen. Es gibt freilich auch Beispiele für eine unterkomplexe Populismuskritik, wenn etwa auf populistische Parolen und Parteien mit herablassenden Attitüden und einer völlig undifferenzierten Wahrnehmung reagiert wird.

Zwar ist es durchaus christlich geboten, gegenüber fremdenfeindlichen, rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen im Wahlprogramm oder von Parteifunktionären klar Position zu beziehen. Reflexhafte Aktionen „gegen Rechts“ wie die Initiative „Unser Kreuz hat keine Haken“, mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert werden, sind in dieser Pauschalität jedoch unsachlich und politisch kontraproduktiv. Auch mit dem Rassismusvorwurf sollte sorgsam umgegangen werden. Er wird bisweilen gezielt in denunziatorischer Absicht eingesetzt, um sich einer differenzierten Auseinandersetzung in politischen Sachfragen zu entziehen und sich gegen Kritik an der eigenen Position zu immunisieren.

Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden populistische Parteien wie die AfD oder die österreichische FPÖ weiter stärken. Ihre Wahlerfolge werden gern mit

---

<sup>1</sup> Vgl. J.-H. HERBST/A. MENNE, *Vox populi vox dei? Theoretische Anhaltspunkte für religiöse Bildung in populistisch aufgeladenen Zeiten*, in: *Theo-Web* 19 (2020), 167–182.



22 Abstiegsängsten einkommensschwacher Schichten erklärt. Rechtspopulistische Parteien finden aber auch unter Angehörigen der Mittelschicht und in Akademikerkreisen Anhänger. Es wäre zu einfach, den Aufstieg der AfD einseitig als Resultat ökonomischer Konflikte zu interpretieren. Ginge es nur um mehr Gerechtigkeit in ökonomischer Hinsicht, müsste die SPD von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilen.

Der Konflikt um die deutsche und europäische Migrationspolitik ist nicht nur ein Stellvertreterkrieg für ökonomische Verwerfungen: für weiterbestehende Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, höhere Arbeitslosigkeit und einen schwachen Mittelstand in Ostdeutschland. Es geht auch nicht nur darum, dass sich einkommensschwächere Schichten im Verteilungskampf um die Ressourcen des Sozialstaats in Konkurrenz zu den 2015/16 eingewanderten Flüchtlingen und Migrant\*innen sehen – ob zu Recht oder nur subjektiv empfunden, sei an dieser Stelle offengelassen. Es handelt sich vielmehr auch um einen kulturellen Konflikt, was sich daran zeigt, dass es keineswegs nur unter Bürgergeld-Empfängern und Menschen mit niedrigem Einkommen oder in prekären Arbeitsverhältnissen, sondern auch in besser situierten Schichten der Gesellschaft Menschen gibt, die sich kulturell marginalisiert fühlen. Begriffe wie Identität, Heimat und Leitkultur stehen für kulturelle Werte, denen ein eigenständiger, von der Ökonomie unabhängiger Wert beigemessen wird.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang durch die Globalisierung und die Zunahme von Migration an Schärfe gewinnt, ist das Verhältnis von kulturellen Mehrheitsrechten und Minderheitsrechten, das in einer offenen Gesellschaft Gegenstand beständiger Aushandlungsprozesse ist. Rechtspopulistische Parteien sind freilich an solch einem Aushandlungsprozess nicht interessiert. Sie vertreten eine Politik und Moral des Ressentiments, deren politische Logik dem Schema von Freund und Feind folgt, das der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt, der sich für den Nationalsozialismus engagierte, zum Grundmodell alles Politischen erklärt hat. In der Sprache der modernen Sozialwissenschaften gesprochen folgt die Politik des Rechtspopulismus der scharfen Logik von Inklusion und Exklusion von Einzelnen und ganzen Menschengruppen, die im Extremfall zu rechtlosen Objekten degradiert und auf ihr nacktes Leben reduziert werden, wie es der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem Hauptwerk *Homo sacer* (2002) beschreibt.

Die Logik von Inklusion und Exklusion wird auch im Umgang mit politischen Gegnern betrieben, verbunden mit einem demagogischen Missbrauch von Moral als politischer Waffe. Es sind gerade rechtspopulistische Parteien wie FPÖ oder AfD, die sich als Partei der Anständigen und Saubermänner gerieren und politische Auseinandersetzungen zu moralischen erklären, indem politische Gegner als „Verräter“ bezichtigt oder Asylsuchende pauschal als Kriminelle diffamiert werden.



Das demokratiepolitische Problem besteht freilich darin, dass auf die rechts-populistische Exklusionsrhetorik von demokratischen Kräften ihrerseits mit Exklusion reagiert wird. Stehen auf der einen Seite die selbsternannten „anständigen Deutschen“, Schweizer oder Österreicher, so auf der anderen Seite die „anständigen Demokraten“. Auch sie konstruieren ein Wir, das kollektiv gegen die anderen steht: gegen die „Nazis“, die „Faschisten“, die „Rassisten“, das „Pack“ (Sigmar Gabriel). Widersprüchlich ist diese Haltung jedenfalls dann, wenn Parteien wie die FPÖ oder die AfD nicht verboten sind und daher in den Parlamenten vertreten sein dürfen. Systemtheoretisch betrachtet finden vom politischen Mainstream ausgeschlossene Positionen auf dem Weg populistischer Parteien ihren Weg zurück in das System, das sie freilich ihrerseits auf widersprüchliche Weise für sich nutzen und zugleich bekämpfen wollen.

Gerade die Kirchen sollten das Gespräch mit den Menschen suchen, und zwar nicht etwa nur, um ihnen in der Manier von Besserwissern ihre vermeintlich völlig unbegründeten Ängste auszureden, sondern um ihnen auf Augenhöhe zuzuhören und mit ihnen über ihr Verständnis dessen, was christlich und christlicher Glaube ist, ins Gespräch zu kommen. Es geht nicht nur um Probleme der kulturellen Identität, von Mehrheits- und Minderheitsrechten, sondern auch um theologische Grundfragen im Bereich der Dogmatik.

Zur Flüchtlings- und Migrationskrise sollte theologisch wohl noch mehr zu sagen sein, als in biblizistischer Manier immer nur das Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10,29–37) oder vom Weltgericht (Mt 25,30–48) zu zitieren. Auffällig ist auch, dass sich die Kirchen mit dem politischen Islam längst nicht so entschieden auseinandersetzen wie mit der AfD und dem Rechtspopulismus. Auch ist darauf hinzuweisen, dass sich beim Thema Antisemitismus extremistische Tendenzen gleichermaßen in rechten, linken und muslimischen Milieus manifestieren.

Last but not least ist es erstaunlich, mit welcher Vehemenz die Kirchen einerseits gegen den Rechtspopulismus auftreten, sich zum 2024 neu gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und seinem hybriden links-konservativen bzw. links-autoritären Populismus<sup>2</sup> jedoch in erklärungsbedürftiges Schweigen hüllen. Das erstaunt umso mehr, als der ehemalige Leiter des Amtes der VELKD und Vizepräsident im Kirchenamt der EKD Horst Gorski sich öffentlichkeitswirksam im BSW engagiert hat, ebenso auch der Staatssekretär im Justizministerium von Mecklenburg-Pommern und Mitglied der EKD-Synode Friedrich Straetmanns. Ist das Verhalten der EKD so zu verstehen, dass der Populismus einer Sahra Wagenknecht, ehemals eine bekennende Kommunistin und weiterhin Moskau ergeben, demokratiepolitisch und theologisch betrachtet weniger bedenklich als der Populismus von rechts ist? Darüber wäre doch wohl ein of-

2 Vgl. J. PH. THOMECEK, Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis, in: Politische Vierteljahresschrift 65 (2024), 535–552.



fener Streit zu führen. Der Debatte auszuweichen, hieße, die Überzeugungskraft der eigenen Positionierung „gegen Rechts“ zu mindern.

Manche Wortmeldungen aus der evangelischen Kirche gegen die AfD – so zum Beispiel eine Argumentationshilfe der Evangelischen Kirche im Rheinland vom Juni 2024<sup>3</sup> – kränken daran, dass sie mit scheinbar unumstößlichen und biblisch begründeten theologischen Argumenten gegen Positionen argumentieren, die noch bis vor gar nicht so langer Zeit zum kirchlichen Mainstream zählten. So lautet einer der Vorwürfe, die AfD vertrete ein reaktionäres Frauenbild, das mit dem christlichen Glauben unvereinbar sei. Die traditionelle Ehe und Familie als Keimzelle der Gesellschaft zu bezeichnen, sei Nazi-Jargon. Zurückgewiesen wird auch die Position, Abtreibungen sollten die absoluten Ausnahmen bleiben und keinesfalls zu einem Menschenrecht erklärt werden. Nun tritt die EKD neuerdings in der Auseinandersetzung um die künftige Ausgestaltung des Abtreibungsrechtes in Deutschland für die Abschaffung des § 218 StGB in seiner bisherigen Fassung ein. Sie tut das aber mit höchst umstrittenen – und überhaupt erst im Verlauf der Diskussion nachgeschobenen – theologischen Argumenten, die sich im offenen Widerspruch zu allem befinden, was die evangelische Kirche in der Vergangenheit zum Schutz des vorgeburtlichen Lebens vertreten hat. Dass Abtreibung ein Menschenrecht sei, wie jüngst in Frankreich kodifiziert, steht zur bisherigen Position der evangelischen Kirche, die sie bei allen bestehenden Differenzen im Einklang mit der römisch-katholischen Kirche vertreten hat, im Dissens.

Die theologische Fragwürdigkeit der von der EKD neuerdings vorgebrachten Argumente soll hier nicht weiter diskutiert werden. Solche Geschütze „gegen Rechts“ aufzufahren, während man über den links-konservativen Populismus des BSW kein Wort verliert, beschädigt die Glaubwürdigkeit kirchlicher Populismuskritik. Was nottut, ist nicht nur eine neue politisch-ethische, sondern auch eine neue theologische Streitkultur über den Kern und Grund des christlichen Glaubens.

---

3 Text unter [https://ev-akademie-rheinland.ekir.de/wp-content/uploads/sites/7/2024/06/Argumentationshilfe-AfD\\_kurz.pdf](https://ev-akademie-rheinland.ekir.de/wp-content/uploads/sites/7/2024/06/Argumentationshilfe-AfD_kurz.pdf). Aufgerufen am 10.10.2024.